

Hamburg, 07.12.2009



Der Elternrat der Schule Rellinger Straße nimmt Stellung zur Schulreform und zum Volksbegehren

Liebe Eltern der Schule Rellinger Straße,

das Ergebnis des Volksbegehrens der Initiative "Wir wollen lernen" hat für Unruhe und Verwirrung gesorgt, weswegen wir Sie hiermit über unsere Position zur Hamburger Schulreform informieren und Stellung beziehen wollen.

Wir haben die beschlossene Schulreform als politischen Kompromiss wahrgenommen, der jedoch wichtige Probleme des Schulwesens zu lösen beabsichtigt. Die Fortführung dieser Entwicklung wird nun in Frage gestellt, was erhebliche Unsicherheiten für Schüler, Eltern und Pädagogen zur Folge hat.

Wir unterstützen ausdrücklich folgende in der Reform vorgesehene Verbesserungen:

- längeres gemeinsames Lernen,
- mehr Individualisierung im Unterricht
- gezielte Förderung von Über- und Unterforderte Schülern/innen
- Verzicht auf Sitzenbleiben und Schulformwechsel,
- individuelle Lernberatung und Lernbegleitung,
- neue Formen der Rückmeldung über Schülerleistungen,
- verbesserte Übergänge in Beruf und Studium.

Viele Forderungen der Reform werden in der Relli bereits seit Jahren sehr erfolgreich praktiziert. Gerade um mehr Kindern solche Verbesserungen zu ermöglichen, unterstützen wir die Reform.

Der Initiative "Wir wollen lernen" gelang es, mit einem geschätzten Aufwand von 240.000 Euro allerdings ein Klima der Angst zu schüren und viele Stimmen gegen die Reform zu sammeln. Wir nehmen die Bedenken der Eltern natürlich ernst, glauben aber, dass sie oft auf unvollständigen oder falsch weitergegebenen Informationen beruhen.

Deswegen hier einige Erklärungen zu den zwei meistdiskutierten Punkten.

Das Elternwahlrecht

Der Schulreform wird von der Initiative "Wir wollen lernen" vorgeworfen, dass nach der Primarschulzeit nicht mehr die Eltern, sondern die Lehrkräfte entscheiden, auf welche Schule das Kind gehen darf. Dies stimmt so nicht und steht auch nicht im Konzept der Reform.

Der Wechsel auf die weiterführende Schule, vor allem das Gymnasium erfolgte schon bisher in erster Linie auf Grund des Zensuredurchschnitts. Kein Gymnasium ist (oder war bisher) verpflichtet, ein Kind aufzunehmen, wenn keine Gymnasialempfehlung vorliegt und/oder das Kind außerhalb des Einzugsgebietes wohnt. Es gab also auch bisher kein reines Elternwahlrecht, sondern die Entscheidung wird auch in Zukunft durch die Zeugniskonferenz mit Beratung durch die Eltern getroffen, nachdem die Lehrer/innen mit den Eltern und dem Kind über zwei zusätzliche Jahre gemeinsam geschaut haben, welche Schule für das Kind die richtige ist. Diese Entscheidungen sollen zukünftig noch sorgfältiger als bisher getroffen werden. Mit Hilfe aufwändiger Diagnoseverfahren soll festgestellt werden, ob für das Kind das Gymnasium (Abitur nach Klasse 12) oder die

Stadtteilschule (Abitur nach Klasse 13) besser geeignet ist.

Sechs Jahre gemeinsames Lernen

Die Entwicklungspsychologie sagt uns, dass ein Kind mit 10 Jahren nicht angemessen beurteilt werden kann, frühestens ab dem 12. Lebensjahr können einigermaßen verlässliche Prognosen gestellt werden. Weder Kinder mit Lernproblemen noch besonders begabte Kinder werden in unserem jetzigen Schulsystem ausreichend erkannt und gut gefördert und scheitern entsprechend viel zu oft. Nun soll es gerade Aufgabe der Primarschule sein, ein anregendes Lernmilieu zu gestalten, damit alle Schülerinnen und Schüler ihr individuelles Lernpotenzial optimal entwickeln können. Dabei sind dann auch Leistungsunterschiede in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen selbstverständliche und wertvolle Bedingungen des Lerngeschehens.

Wir sind überzeugt von der Schulform, in der Schülerinnen und Schüler möglichst lange gemeinsam lernen können, weil wir ja schon viele Vorteile durch unsere eigene Schule kennen. In internationalen Untersuchungen wurde belegt, dass in heterogenen Lerngruppen optimale Lern- und Entwicklungsbedingungen für alle Schüler erreicht werden können. Wir möchten endlich die bisherige Praxis der zu frühen Selektion loswerden, weil hierdurch viele Kinder zu Schulverlierern werden, Förderung vernachlässigt und soziale Spaltung betrieben wird.

Der Volksentscheid

Deswegen möchten wir vom Elternrat alle Eltern informieren und Sie jetzt schon dazu aufrufen, sich auf jeden Fall an dem wahrscheinlichen Volksentscheid im Juli oder August 2010 zu beteiligen.

Dort können alle Hamburger JA oder NEIN zur Schulreform sagen. Der Senat muss sich an das Ergebnis dieser Abstimmung halten. Das Volksbegehren hat nur dann Erfolg, wenn es erstens genug Ja-Stimmen (also für die Abschaffung der Reform) und es zweitens nicht mehr Nein-Stimmen (also Stimmen gegen die Abschaffung und für die Beibehaltung) gibt. Wir haben also eine reelle Chance den Entscheid zu beeinflussen, indem wir unsere Stimme gegen das Volksbegehren und somit für die Reform abgeben!

Kurz gefasst: Seit Beginn begleiten wir im Elternrat die Schulreform sehr aufmerksam und kritisch. Wir sind nicht mit allem einverstanden, aber insgesamt erwarten wir uns von der Reform eine große Verbesserung für unsere Kinder. Deshalb werden wir für die Reform stimmen und unser "Nein" zum Antrag des Volksbegehrens bekunden.

Ihr Elternrat der Schule Rellinger Straße